

### **Bericht und Abänderungsantrag**

des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 1656) betreffend "Abschaffung der Normverbrauchsabgabe NoVA" (Zahl 21 - 1176) (Beilage 1689).

Aufgrund der Verhinderung sowohl des Obmannes als auch des Obmann-Stellvertreters wurde der Ausschuss gemäß § 40 Abs. 3a GeOLT vom nach Lebensjahren ältesten Mitglied des Ausschusses, 2. Landtagspräsident Ing. Rudolf Strommer, geleitet.

Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend "Abschaffung der Normverbrauchsabgabe NoVA", in seiner 34. Sitzung am Mittwoch, dem 20. Feber 2019, beraten.

Landtagsabgeordnete Ilse Benkö wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach ihrem Bericht stellte Landtagsabgeordnete Ilse Benkö einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Ilse Benkö gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend "Abschaffung der Normverbrauchsabgabe NoVA", unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Ilse Benkö beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 20. Feber 2019

Die Berichterstatterin:  
Ilse Benkö eh.

Der Vorsitzende:  
Ing. Strommer eh.

*Herrn  
Präsidenten des Bgld. Landtages  
Christian Illedits  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 20. Februar 2019

### **Abänderungsantrag**

**der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag 21 - 1176, welcher abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

## **EntschlieÙung**

### **des Burgenländischen Landtages vom ..... betreffend eine wirksame Entlastung aller Pendler**

Die burgenländische Landespolitik orientiert sich stark an Bedürfnissen der Pendler und hat die Rahmenbedingungen in den letzten Jahren massiv verbessert – das reicht von der Investition von rund 21 Millionen Euro jährlich in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die Stützung von Jahres- und Monatskarten über die Fahrtkostenzuschüsse im Rahmen der Arbeitnehmerförderung bis hin zu spezifischen Maßnahmen wie ein landesweites Netz von „Fair Tanken“-Tankstellen, das Top- Jugendticket, die Semesterticket-Förderung oder kostengünstige Parkgaragenplätze in Wien.

Angesichts steigender Mobilitätsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt bedarf es dennoch weiterer finanzieller Entlastungsimpulse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Eine Gesamtumstellung der Pendlerförderung auf einen kilometerbezogenen Absetzbetrag würde mehr Fairness und Treffsicherheit bedeuten.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an den zuständigen Bundesminister für Finanzen mit der Forderung nach einer fairen und sozial ausgewogenen Reform der Pendlerpauschale und einer besseren Förderung der Pendlerinnen und Pendler heranzutreten.

Ziel muss vorrangig die Umstellung des Gesamtsystems auf einen kilometerbezogenen Absetzbetrag sein, bei dem jeder gefahrene Kilometer berücksichtigt und gleich viel wert sein muss. Geringverdiener und Teilzeitbeschäftigte sollen durch volle Negativsteuerwirkung profitieren. Darüber hinaus darf es zu keinen weiteren Belastungen der Pendlerinnen und Pendler in Form einer höheren Besteuerung von Diesel kommen.

Die Landesregierung wird weiters aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um auf eine Erweiterung der Nutzungsberechtigung des Top-Jugendtickets auf alle jungen Menschen in Ausbildung bis 26 Jahre und eine Ausweitung des Geltungsbereiches auf ganz Österreich hinzuwirken.

Der Burgenländische Landtag spricht sich gegen eine weitere Belastung der burgenländischen Pendler durch Einführung einer City-Maut in Wien und weiterhin für Verkehrslösungen im Einklang mit der gesamten Ost-Region aus.